



Inhalt:

+++ frauen aktuell +++ 10. dbb bundesfrauenkongress: Neue Perspektiven für mehr Chancengerechtigkeit **+++ dbb bundesfrauenvertretung kritisiert Sparpläne der Regierung: Elterngeldkürzung mit Vorsicht genießen +++ dbb startet Protestaktion zum Sparpaket der Bundesregierung +++ Gender Pay Gap bleibt konstant: Frauen verdienen weiterhin 23 Prozent weniger als Männer +++ Bundesministerien und deren nachgeordnete Behörden beschäftigen überwiegend Frauen +++ Mehr weibliche Spitzenkräfte nützen der Weltwirtschaft +++ +++ Präsidentintreffen des Deutschen Frauenrates +++ Aus den Ländern +++ dbb nrw setzt Forderung durch: Quotelung ruhegehaltfähiger Dienstzeiten bei Teilzeitbeschäftigung und/oder Freistellung +++ Hauptversammlung der Landesfrauenvertretung im dbb saar: Scheidung und deren Rechtsfolgen +++ mehrwert +++ Lesenswert: Mehr als eine Studie – Lebensentwürfe einer neuen Generation von Frauen +++ Unterhaltung gewinnen +++ Die Kolumne: Ach übrigens...**



dbb
beamtenbund
und tarifunion
bundesfrauen-
vertretung

Friedrichstraße 169/170
D-10 117 Berlin

Verantwortlich:
Helene Wildfeuer

Telefon 030.4081-44 00
Telefax 030.4081-4499
frauen@dbb.de
www.frauen.dbb.de

Editorial

Sparen, nicht kaputt sparen!

Liebe Leserinnen und Leser,

die Wahlen der neuen Geschäftsführung auf dem 10. dbb bundesfrauenkongress wurden von einem dunklen politischen Schatten begleitet: die Sparklausur der Bundesregierung am 7. und 8. Juni 2010. Die internationale Finanzkrise hat riesige Löcher in die Haushalte gerissen, die kaum zu stopfen sind. Bereits seit einigen Monaten wird in der Regierung hart um jeden Cent verhandelt. Die Folgen zeigen sich erst nach und nach. Die kürzlich vorgestellten Sparvorhaben der Bundesregierung sprechen eine deutliche Sprache: Der deutsche Sozialstaat ist zu teuer! Erste harte Einschnitte stehen fest. Mehr als 10 000 Beamtenstellen sollen innerhalb der Bundesverwaltung eingespart werden. Darüber hinaus sollen Bundesbeamte auf Teile des Weihnachtsgeldes und damit auf 2,5 Prozent ihrer Bezüge dauerhaft verzichten.

Aber nicht nur dem öffentlichen Dienst werden enge Sparmanschetten angelegt. Auch bei den sozial- und familienpolitischen Ausgaben will die Regierung ordentliche Summen einsparen. Ein paar verbale Schellen haben sich die Damen und Herren Minister vor allem für ein Vorhaben eingefangen: Das Elterngeld soll verschlankt werden. Mit der Absage an das Teilerntgeld und die Verlängerung der Vätermomente hat die Regierung nicht nur den Koalitionsvertrag gebrochen, sondern bereits den ersten Posten auf der Sparliste abgehakt, bevor sie sich zur Klausur ins Kanzleramt zurückgezogen hatte: 400 Millionen weniger, die im Gesamthaushalt zusammengekratzt werden müssen! Die weiteren Sparpläne sehen vor, ein paar weitere Kostenspitzen abzuknippen. Ab einem netto Einkommen von 1240 Euro sinkt der Bezugsrahmen für das Elterngeld von bisher 67 auf 65 Prozent. Für Langzeitarbeitslose gibt es künftig gar kein Elterngeld mehr. Immerhin: Die Regierung bleibt bei dem Versprechen, an dem geplanten Ausbau der Kinderbetreuungsplätze wie gehabt festzuhalten. Der Rotstift hat erste Marken gesetzt, die bei Sozial- und Familienleistungen besonders grell leuchten. Für die dbb bundesfrauenvertretung ist das ein Warnsignal: Wir müssen uns darauf einstellen, dass dies nicht die letzten Kürzungen sein werden.

Die neugewählte Geschäftsführung der dbb bundesfrauenvertretung geht mit dieser Bürde ins Amt. Jetzt liegt es an uns, weitere Sparmaßnahmen an den wichtigen Stellen zu verhindern und dafür zu sorgen, dass die Regierung ihrem Versprechen für den Ausbau der Krippen die finanziellen Mittel zu stellen nicht nur fest hält, sondern auch bei den Kommunen mit Nachdruck auf die zügige Umsetzung beharrt. Wir werden hier genau hinsehen!

Wenn wir gemeinsam an einem Strang ziehen, können wir viel erreichen. Das haben uns die vergangenen vier Jahre gezeigt. Vor allem aber können wir gemeinsam dafür sorgen, dass der öffentliche Dienst seine Vorbildrolle hinsichtlich der geschlechtergerechten Arbeits- und Berufsbedingungen weiter ausbauen kann – auch in Zeiten der Krise. Nach dem Kongress ist vor dem Kongress: Vor uns liegen fünf Jahre frauenpolitisches Engagement im dbb. Packen wir es an!

Ich wünsche Ihnen viel Vergnügen beim Lesen,

Helene Wildfeuer
Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung



„Gleich – Ungleich – Gerecht?!“ lautete das Motto, unter dem die dbb bundesfrauenvertretung am 4. und 5. Juni 2010 zum 10. dbb bundesfrauenkongress nach Potsdam einlud. Beinahe 500 Delegierte aus fast allen dbb Fachgewerkschaften und Landesbünden waren für zwei Tage angereist, um nicht nur eine neue Geschäftsführung zu wählen, sondern auch die neue Agenda der dbb bundesfrauenvertretung für die nächsten fünf Jahre abzustimmen und festzulegen. Am Vormittag des ersten Tages nahmen Ehrengäste aus Gewerkschaft, Wissenschaft und Politik im Rahmen der öffentlichen Veranstaltung die politischen und gesellschaftlichen Aspekte von Chancengerechtigkeit und Gleichstellung im öffentlichen Dienst und darüber hinaus in Augenschein. Vor allem die Vorhaben der Bundesregierung, den Haushalt durch herbe finanzielle Einschnitte insbesondere in den sozial- und familienpolitischen Bereichen zu konsolidieren, bestimmten die politischen Gespräche. Text: Nicole Kittlaus, Fotos: dbb verlag - Windmüller

Eine wesentliche Forderung der dbb bundesfrauenvertretung ist die faktische Gleichstellung von Männern und Frauen im Berufsleben und zwar unter Berücksichtigung der unabänderlichen Tatsache, dass Frauen Kinder bekommen und Männer nicht.

Wildfeuer: Beim Geld darf die Gleichberechtigung nicht aufhören

Zu Beginn ihrer Ansprache nahm Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, deshalb Bezug auf das Motto „Gleich – Ungleich – Gerecht?!“ und führte aus, dass gleiche, einheitliche Organisationsstrukturen nicht zwingend zu einem gerechten Arbeitsumfeld für Frauen führten. Vor allem dann nicht, wenn die vorgegebenen

Strukturen einem männlichen Berufsrythmus folgten. Entgeltungleichheit und ein sehr geringer Anteil von Frauen in Führungspositionen seien leider ein Beleg hierfür. „Eltern- und Pflegezeiten dürfen sich nicht negativ auf die Erwerbsbiografien von Frauen auswirken“, bekräftigte die Vorsitzende ihre Forderung nach einem familienfreundlichen Arbeitsumfeld. Gerade deshalb sei es unerlässlich, Frauen die Möglichkeit zu geben, sowohl Familien zu gründen, als auch am Berufsleben teilzuhaben. Dazu bedürfe es einer optimalen Betreuungssituation für Kinder jeden Alters. Die Betreuungslücke bei Kleinkindern müsse schnellst möglich geschlossen werden. Aber auch an anderen Stellen müsse mehr in die

Helene Wildfeuer wurde am 4. Juni 2010 in ihrem Amt als Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung bestätigt. Wildfeuer: „Nach dem Kongress ist vor dem Kongress. Packen wir es gemeinsam an!“

Familienpolitik investiert werden, erklärte Wildfeuer.

Nach Ansicht der dbb bundesfrauenvertretung trage das Elterngeld maßgeblich zu mehr Chancengleichheit und damit zu mehr Gleichberechtigung bei. Frauen könnten durch den steigenden Anteil von Männern, die Elternzeit in Anspruch nehmen, früher ins Berufsleben zurückkehren – mit allen positiven Konsequenzen für die eigene finanzielle Situation. Wildfeuer kritisierte, dass Bundesfinanzminister Schäuble den Plänen von Bundesfamilienministerin Schröder für eine Ausweitung der Elternzeit- und Elterngeldregelungen erst kürzlich eine Abfuhr erteilt hatte. Mittlerweile sei sogar von einer „Verschlankung“ des Elterngeldes die Rede. „Bewährtes soll man bewahren. Und beim Geld darf die Gleichberechtigung nicht aufhören!“, mahnte die Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung und forderte die politisch Verantwortlichen auf, zu investieren „in die Arbeitskraft junger Frauen, in Kinderfreundlichkeit, in Bildung – sprich in die Zukunft dieses Landes!“

Zahlen als wissenschaftlicher Beweis: Die Soziologin Jutta Allmendinger präsentierte die neuesten Forschungsergebnisse zum Thema Chancengerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt.



Allmendinger: Forschung am Horizont der Gleichstellung

Dass die Soziologie eine durchaus spannende Wissenschaft ist, die weit über Hochrechnungen und Statistiken hinaus geht, bewies Jutta Allmendinger, Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin (WZB), auf eindrucksvolle Weise. So machte sie hinsichtlich der bekannten Unterschiede im Entgeltniveau – von 23 Prozent in der freien Wirtschaft beziehungsweise rund acht Prozent im öffentlichen Dienst – darauf aufmerksam, dass diese noch nicht berücksichtigten, dass Frauen durch Teilzeitarbeit de facto doch weitaus weniger verdienen würden. Die Einkommensschere entstehe vor allem in den Jahren, in denen Frauen üblicherweise Kinder bekommen. Eine dramatische und langfristige Folge der Entgeltungleichheit seien die unterschiedlichen Niveaus bei der Altersversorgung. Sie verwies hierbei auf einen Vergleich von Witwenrenten mit Erwerbsrenten von Frauen. Die Tatsache, dass Frauen im Jahr 2010 mit dem Heiratsmarkt immer noch besser führen als mit dem Arbeitsmarkt, empfand Allmendinger als unzumutbar. Das Ziel sei insgesamt schon lange nicht mehr „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, sondern „Gleicher Lohn für vergleichbare Arbeit“. Dabei müsste auch das Lohnniveau in typischen Frauenberufen angehoben werden. Abschließend stellte die Wissenschaftlerin fest: „Wir brauchen keine Gesellschaft, in der wir Arbeit mit nach Hause nehmen, sondern eine in der wir Kinder mit in die Arbeit nehmen können.“

Heesen: Nichts ist so schädlich, wie Luftschlösser einzureißen

Der Bundesvorsitzende des dbb, Peter Heesen, bezog in seinem Grußwort Stellung zur aktuellen politischen Lage in Deutschland und im öffentlichen Dienst. Besonders besorgt zeigte sich der dbb Chef auf dem Bundesfrauenkongress angesichts der Gefahr, dass alle familienpolitischen Fortschritte der vergangenen Jahre um des Sparens willen über Bord geworfen zu werden drohten. Die Probleme, mit denen sich unsere Gesellschaft derzeit konfrontiert sehe, könnten nicht ohne Frauen und nicht ohne eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf bewältigt werden, erklärte Heesen. Der Rückgang der Geburten und die Folgen des rasant verlaufenden demographischen Wandels wirkten sich auch auf den öffentlichen Dienst aus. In den nächsten zehn Jahren würden 20 Prozent der Beschäftigten in den Ruhestand

wechseln. Ein Aufgabenabbau sei nicht erkennbar. Sorge habe Heesen hinsichtlich der drohenden Sparbeschlüsse der Regierung. Er kritisierte, dass die vor der Bundestagswahl gebauten „Luftschlösser“ einer Steuersenkung jetzt wieder eingegrissen werden müssten und sogar über Steuererhöhungen nachgedacht werde. Deutschland dürfe sich nicht kaputt sparen. Die Einkommenssituation der Menschen müsse so sein, dass die Wirtschaft florieren könne. Ein weiteres Sparen am öffentlichen Dienst, den er als verlässlichste Größe in diesem Land bezeichnete, lehne er mit aller Entschiedenheit ab. Eine nachhaltige Konsolidierung der Staatsfinanzen müsse daher in Gestalt einer breit über alle Ressorts und über mehrere Jahre hinweg angelegten Strategie sicher gestellt werden.

Welskop-Deffaa: Chancengerechtigkeit ist gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Das Erreichen von Gleichberechtigung und Chancengleichheit für Frauen sei gemeinsame Aufgabe ihres Ministeriums und der dbb bundesfrauenvertretung, die sie stets als wichtigen Partner betrachtet habe, erklärte Eva-Maria Welskop-Deffaa, die in Vertretung für Dr. Hermann Kues, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, die Position der Familienministerin Kristina Schröder auf dem Kongress vertrat.

„Die familienpolitischen Fortschritte der vergangenen Jahre dürfen nicht um des Sparens willen über Bord geworfen werden,“ appellierte dbb Chef Peter Heesen an die Politik.





Die Vertreterin des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Eva-Maria Welskop-Deffaa sprach sich für eine enge Zusammenarbeit mit der dbb bundesfrauenvertretung aus.

Bezug nehmend auf den vorangegangenen Vortrag von Jutta Allmendinger bekräftigte sie die Absicht der Bundesfamilienministerin, Frauen im öffentlichen Dienst dabei zu unterstützen, vermehrt in Führungspositionen zu kommen. Die Koalitionsvereinbarung und der darin angekündigte Stufenplan zur Erhöhung des Anteils von Frauen in Vorständen und Aufsichtsräten, mit dessen Umsetzung man bereits begonnen habe, seien hierfür zielführend. „Wir wollen, dass die Träume der jungen Frauen von heute nicht wie Luftballons an der gläsernen Decke zerplatzen“, erklärte Welskop-Deffaa. Aber auch das Problem der ungleichen Gehälter von Frauen und Männern müsse beseitigt werden – auch im öffentlichen Dienst, wo die Unterschiede zwar geringer, aber eben doch vorhanden seien. Entgeltgleichheit sollte kein Luxus sein, sondern selbstverständlich, erklärte Welskop-Deffaa, die sich empört zeigte, über die Ablehnung, die viele Männer dem Vorschlag entgegen brachten, eine Frau für das Bundespräsidentenamt ernsthaft in Betracht zu ziehen. Solange es Männer gäbe, die behaupten, es gehe zu weit, die beiden höchsten Staatsämter gleichzeitig weiblich zu besetzen, „sind wir von der Gleichberechtigung noch meilenweit entfernt“. Schließlich, so Welskop-Deffaa, habe es fast 60 Jahre lang niemanden gestört, dass diese Ämter ausschließlich von Männern besetzt waren.

Podiumsdiskussion: Parteiübergreifende Harmonie

Ein im Bundestag eher seltenes Bild präsentierten die parteipolitischen Vertreterinnen bei der Podiumsdiskussion am ersten Kongresstag.

Parteipolitische Harmonie bestimmte die Debatte um die genderpolitischen Ziele der Parteien und deren Ansätze zu mehr Chancengerechtigkeit in der Gesellschaft. Elisabeth Winkelmann-Becker (CDU), Dr. Frauke Jung-Lindemann (FDP), Andrea Wicklein (SPD), Astrid Rothe-Beinlich (Bündnis 90/ Die Grünen) und Birgit Wöllert (Die Linke) saßen sich als Akteurinnen gegenüber. Den roten Faden behielt Moderator Andreas Ulrich (rbb) in den Händen.

Die Debatte zeigte einen Querschnitt der aktuellen Frauen- und Familienpolitik. Beginnend beim Elterngeld und der Elternzeit über die Notwendigkeit des Ausbaus der Kinderbetreuung bis hin zur Kontroverse um die Einführung einer Frauenquote präsentierten sich die Politikerinnen in der Diskussion zunächst einmütig. Parteipolitische Differenzen entschieden sich vor allem in Detailfragen. Elisabeth Winkelmeier-Becker bezeichnete das Elterngeld als Erfolgsprojekt, an dem sich durchaus auch Männer beteiligen würden. Insgesamt kämen Väter nicht umhin, sich in der Kinderbetreuung mehr einzubringen – unabhängig vom Elterngeld. Dr. Frauke Jung-Lindemann von der FDP kritisierte, dass Frauen trotz besserer Schulabschlüsse im Laufe

des Berufslebens oft auf der Strecke blieben. Sie forderte flexiblere Arbeitszeitmodelle und mehr Teilzeitarbeitsmöglichkeiten – auch in Führungspositionen. SPD-Vertreterin Andrea Wicklein sprach sich für ein qualitativ hochwertiges und flächendeckendes Ganztagesbetreuungsangebot in Deutschland aus. Das Betreuungsgeld halte sie für einen falschen Ansatz, der nicht zeitgemäß sei und viele Kinder benachteilige. Astrid Rothe-Beinlich sprach ihrer Partei, dem Bündnis 90/Die Grünen, die Vorreiterrolle in Sachen Frauenquote zu. Eine Quote sei zwar nicht „charmant“, aber solange notwendig, bis ein besseres Mittel gefunden werde, um mehr Frauen in die Führungsebene zu verhelfen. Birgit Wöllert trat im Namen der Links-Partei für eine beitragsfreie Kinderbetreuung ein. Dies wäre nicht nur ein Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern auch zur Chancengleichheit von Kindern, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern.

Getrübt wurde die Stimmung in der Diskussionsrunde allerdings von Spekulationen über die drohenden Sparbeschlüsse der Bundesregierung und der Vermutung, dass gerade familienpolitische Leistungen gekürzt werden könnten. An dieser Stelle sprachen alle mit einer Stimme: Das wäre ein Rückschritt im Kampf um Chancengleichheit!



Einen politischen Ausblick auf die Fortschritte und angestrebten Entwicklungen in Sachen Gleichstellung im Schatten der wirtschaftlichen Krise und der Sparpläne der Bundesregierung lieferte die politische Diskussionsrunde am Vormittag des ersten Kongresstages. Der Rundfunkjournalist Andreas Ulrich (rbb) stellte die genderpolitischen Vorhaben der im Bundestag vertretenen Parteien auf den Prüfstand. Es diskutierten (v. l.) Dr. Frauke Jung-Lindemann (FDP), Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU), Andrea Wicklein (SPD), Astrid Rothe-Beinlich (Bündnis 90/Die Grünen), und Birgit Wöllert (Die Linke).



Die neue Geschäftsführung der dbb bundesfrauenvertretung: Astrid Hollmann, Elke Stirken, Helene Wildfeuer, Jutta Endrusch, Ute Wiegand-Fleischhacker und Elke Janßen (v. l.).

Die neue Geschäftsführung: Frauenpolitisches Engagement voraus

Am Nachmittag des 4. Juni haben die Delegierten des 10. dbb bundesfrauenkongresses die turnusmäßig anstehende Neuwahl der Geschäftsführung vorgenommen. Als Vorsitzende wurde Helene Wildfeuer (DSTG) mit überwältigender Mehrheit in ihrem Amt bestätigt, neue stellvertretende Vorsitzende ist Jutta Endrusch (VBE). Bei der Wahl der vier Beisitzerinnen wurden Astrid Hollmann (VRFF) und Ute Wiegand-Fleischhacker (dbb Hessen) in ihren Ämtern bestätigt, Elke Janßen (GdS) und Elke Stirken (komba) wurden erstmals in die Geschäftsführung gewählt.

Die bisherige stellvertretende Vorsitzende Eva Hermanns (komba) und die Beisitzerin Kirsten Lühmann (DPolG) hatten aus persönlichen Gründen auf eine erneute Kandidatur verzichtet. Sie wurden zu Ehrenmitgliedern der dbb bundesfrauenvertretung ernannt.

Die neue Geschäftsführung der dbb bundesfrauenvertretung wird erstmals nicht mehr vier, sondern fünf Jahre amtiert. Durch eine Satzungsänderung hatten die Delegierten die Zeitspanne zwischen den Bundesfrauenkongressen der auch für die dbb Gewerkschaftstage gültigen, neuen Fünfjahres-Regelung angepasst.



Helene Wildfeuer zwischen den beiden neuen Ehrenmitgliedern: Kirsten Lühmann (l.) und Eva Hermanns (r.).

Mehr über die neue Geschäftsführung und zu den aktuellen Positionen der dbb bundesfrauenvertretung erfahren Sie auf unserer Homepage www.frauen.dbb.de.

Der 10. dbb bundesfrauenkongress in Bildern: Fotogalerie jetzt online



Für alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer und für all diejenigen, die nicht dabei sein konnten, haben wir die schönsten Momente des 10. dbb bundesfrauenkongresses am 4. und 5. Juni in Potsdam in einer Bildergalerie festgehalten. Die Fotos können online unter www.frauen.dbb.de abgerufen werden.

dbb bundesfrauenvertretung kritisiert Sparpläne der Regierung: Elterngeldkürzung mit Vorsicht genießen

Vor einem schleichenden Abbau von wirksamen Familienleistungen hat die Bundesfrauenvertretung des dbb beamtenbund und tarifunion gewarnt. „Die Deckelung des Elterngeldes ist mit Vorsicht zu genießen. Die Bundesregierung setzt den Rotstift an eines der wirkungsvollsten Mittel unserer aktuellen Familienpolitik“, sagte die Vorsitzende der bundesfrauenvertretung, Helene Wildfeuer, im dbb beamtenbund und tarifunion am 7. Juni 2010 in Rostock-Warnemünde am Rande der Sitzung des dbb Bundeshauptvorstandes. „Zwar fallen die Kürzungen auf den ersten Blick moderater aus als befürchtet. Doch wir müssen jetzt höllisch aufpassen, dass die Regierung die Elterngeldleistungen nicht über mehrere Etappen zurückstutzt“, so die Vorsitzende.

Gleichzeitig zeigte sich Wildfeuer erleichtert über die Absichtserklärung der Bundesregierung, am Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren weiter festzuhalten und die nötigen Mittel dafür zur Verfügung zu stellen. „Die Regierung sendet an dieser Stelle ein eindeutiges Signal und zeigt, dass sie die Belange von berufstätigen Eltern und Alleinerziehenden ernst nimmt.“

+++

dbb startet Protestaktion zum Sparpaket der Bundesregierung

Der dbb hat am 14. Juni 2010 eine Protestkampagne gegen das Sparpaket der Bundesregierung gestartet. Unter dem Motto „Versprochen – gebrochen?“ bezieht der gewerkschaftliche Dachverband Position und macht klar, dass vor allem die Rücknahme der Weihnachtsgeldzusage seitens der Bundesregierung von den Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu Recht als glatter Vertrauensbruch empfunden wird. Auf der Homepage www.dbb.de hat der dbb eine Serie von Protest-E-Cards zum Sparpaket der schwarz-gelben Koalition online gestellt. Die Aufforderung an die Kolleginnen und Kollegen: „Nehmen Sie Einfluss, setzen Sie sich mit Ihrem Wahlkreisabgeordneten in Verbindung, machen Sie Ihrem Ärger Luft!“

Gender Pay Gap bleibt konstant

Frauen verdienen weiterhin 23 Prozent weniger als Männer



© Mellimage - Fotolia.com

Auch in Ost- beziehungsweise Westdeutschland erweist sich der Gender Pay Gap als eher stabil. In den neuen Ländern lag der geschlechtsspezifische Lohnunterschied von 2006 bis 2009 bei sechs Prozent, mit Ausnahme des Jahres 2008, in dem sich der Wert um einen Prozentpunkt auf fünf Prozent verringerte. Im früheren Bundesgebiet veränderte sich der Gender Pay Gap im betrachteten Zeitraum ebenfalls nur wenig: Während in den Jahren 2006 und 2007 Frauen 24 Prozent weniger als Männer verdienten, belief sich der Lohnabstand 2008 und 2009 auf 25 Prozent.

Langsame Veränderungen halten Lohnlücke konstant

Die relative Stabilität des Gender Pay Gap sieht das Statistische Bundesamt unter anderem darin begründet, dass die ursächlichen Faktoren nur langsamen Veränderungsprozessen unterliegen. Mit Blick auf den Beschäftigungsumfang oder auch bezüglich der Qualifikationsstruktur zeigten sich kurzfristig kaum Veränderungen, hieß es in der Presseerklärung. Den Angaben zufolge bewegte sich zwischen 2006 und 2009 der Anteil der Frauen in leitender Stellung bezie-

Der Bruttostundenverdienst weiblicher Beschäftigter in Deutschland stieg im Jahr 2009 verglichen mit dem Vorjahr um 2,7 Prozent auf 14,90 Euro. Das teilte das Statistische Bundesamt (Destatis) Anfang Juni mit. Männer erzielten demnach eine Steigerung von 2,6 Prozent und erhielten so einen Verdienst von 19,40 Euro (+2,6 Prozent). Der Gender Pay Gap, definiert als der prozentuale Unterschied im durchschnittlichen Bruttostundenverdienst von Männern und Frauen, lag damit – wie bereits in den vergangenen Jahren – bei 23 Prozent.

hungsweise in herausgehobenen Positionen an allen weiblichen Arbeitnehmern auf etwa konstantem Niveau; bei den Männern sank der entsprechende Anteil um rund einen Prozentpunkt.

Das Statistische Bundesamt weist bei der Interpretation dieser Daten ausdrücklich daraufhin, dass sich die Zahlen auf den unbereinigten Verdienstunterschied von Männern und Frauen beziehen. Das heißt Faktoren, die den Lohnabstand zwischen beiden Geschlechtergruppen zumindest teilweise erklären – wie etwa der Bildungsabschluss oder der Beruf – werden im Rahmen der Berechnungen nicht berücksichtigt. Ziel dieser Vorgehensweise ist es, einen Gesamtüberblick über geschlechtsspezifische Verdienstunterschiede zu ermöglichen. So wird beispielsweise mithilfe des unbereinigten Gender Pay Gap auch der Teil des Lohnunterschieds erfasst, der auf unterschiedliche Zugangschancen beider Geschlechtergruppen auf bestimmte Tätigkeitsfelder oder Positionen zurückzuführen ist. Derartige Unterschiede können ebenfalls das Ergebnis benachteiligender Strukturen sein. Der unbereinigte Gender Pay Gap geht somit über das Thema "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" hinaus.

Bundesministerien und deren nachgeordnete Behörden beschäftigen überwiegend Frauen

In den 14 Bundesministerien und deren nachgeordneten Behörden sind Mitte 2008 insgesamt 270 335 Menschen beschäftigt gewesen. Wie aus der Antwort der Bundesregierung (17/1385) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (17/1271) hervorgeht waren davon rund 52 Prozent Frauen. Mehr als ein Drittel der weiblichen Beschäftigten gingen zum angegebenen Zeitpunkt einer Teilzeitbeschäftigung nach. Laut Vorlage arbeiteten 32 309 Frauen und nur 19 108 Männer in Teilzeit. Bei den genannten Zahlen sind auch die Vertretungen des Bundes im Ausland berücksichtigt, nicht dagegen militärisches Personal im Verteidigungsministerium und seinen nachgeordneten Behörden. In befristete Beschäftigungsverhältnissen waren zum genannten Stichtag 6 633 Mitarbeiter beschäftigt: 3 442 Frauen und 3 191 Männer. Wie die Regierung erläuterte, lag der Anteil der befristeten Beschäftigungsverhältnisse im Verhältnis zur Gesamtzahl der in den Bundesministerien und deren nachgeordneten Behörden Beschäftigten im Jahr 2008 bei 2,5 Prozent.

+++

Mehr weibliche Spitzenkräfte nützen der Weltwirtschaft

Um künftig Wirtschafts- und Finanzkrisen vorzubeugen, hat die Parlamentarische Versammlung des Europarates die europäischen Mitgliedstaaten dazu aufgefordert, die Gender-Perspektive in allen politischen Handlungsstrategien zu berücksichtigen. Der Frauenanteil in wirtschaftlichen Führungspositionen müsse merklich erhöht werden, heißt es in den Europaratsempfehlungen vom 27. April 2010. Angaben der WTO zufolge besetzen Frauen nur 14 Prozent der Führungspositionen, leben aber zu 70 Prozent in Armut. Um diesen Zustand zu Gunsten der Frauen und der Weltwirtschaft zu ändern, tritt die Parlamentarische Versammlung des Europarates neben dem Abbau von Hürden zu Vollzeitbeschäftigung und gut bezahlten Beschäftigungsverhältnissen auch dafür ein, Frauen mit Fördermaßnahmen den Einstieg in politische, finanzielle und bildungspolitische Entscheidungspositionen zu erleichtern.

Aus den Ländern

dbb nrw setzt Forderung durch: Quotelung ruhegehaltfähiger Dienstzeiten bei Teilzeitbeschäftigung und/oder Freistellung

Das Bundesverwaltungsgericht hat in seinem Urteil vom 25. März 2010 (Az.: 2 C 72.08) entschieden, dass Regelungen, die zu einer überproportionalen Schlechterstellung von teilzeitbeschäftigten Beamtinnen und Beamten führen, fortan nicht mehr angewendet werden dürfen. Die zum 1. Juli 1997 eingeführte Regelung des § 6 Absatz 1 Satz 4 Beamtenversorgungsgesetz (BeamtenVG), welche nur eine anteilige Berücksichtigung der Ausbildungszeiten bei Teilzeitbeschäftigung oder Beurlaubung vorsieht, und damit eine unverhältnismäßige Schlechterstellung von Teilzeitbeschäftigten beinhaltet, verstößt gegen den europarechtlichen Grundsatz der Entgeltgleichheit.

Der dbb nrw hatte sich im Hinblick auf den bestehenden Handlungsbedarf an das Finanzministerium gewandt und auf die Schlechterstellung der Teilzeitbeschäftigten hingewiesen. Die Forderung des dbb nrw war darauf ausgerichtet, die Versorgungsbescheide der betroffenen Beamtinnen und Beamten noch vor einer Neuregelung des Beamtenversorgungsgesetzes auf Landesebene von Amts wegen neu festzusetzen. Im Wege der Neuberechnung sei diesen der zu ermittelnde Mehrbetrag rückwirkend zu erstatten.

Das Finanzministerium NRW hatte daraufhin mit Schreiben vom 27. Mai 2010 mitgeteilt, die bislang noch nicht veröffentlichten Entscheidungsgründe des Urteils abwarten zu wollen. Um jedoch sicherzustellen, dass dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts Folge geleistet werden kann und die Versorgungsbescheide entsprechend geändert werden können, werden diese seit Anfang April unter Vorbehalt festgesetzt. Derzeit werde zudem noch überprüft, ob bereits bestandskräftige Versorgungsbescheide automationsgestützt ermitelt werden können.

Der dbb nrw und die dbb frauenvertretung nrw begrüßen dieses Vorgehen, um eine Gleichbehandlung

zwischen den teilzeitbeschäftigten Beamtinnen und Beamten und den Vollzeitbeschäftigten zu gewährleisten.

+++

Hauptversammlung der Landesfrauenvertretung im dbb saar: Scheidung und deren Rechtsfolgen

Von rosaroten Wolken bis zum Rosenkrieg ist es oft ein schmerzhafter Weg. Denn Scheiden und insbesondere Scheidung tut weh. Wenn Ehepaare auseinander gehen, geht es nicht nur um Trennungsschmerz. Auch die gemeinsam erarbeiteten Werte müssen gerecht untereinander aufgeteilt werden.



Anlässlich der Hauptversammlung am 18. Mai 2010 in Saarbrücken haben sich die Kolleginnen der Fachgewerkschaften neben der verbandlichen Arbeit auch durch den Fachvortrag der Rechtsanwältin und Mediatorin Margret Bilsdorfer zum Thema Scheidung und deren Rechtsfolgen. Im Mittelpunkt der nachfolgenden Diskussion standen die Themen Versorgungsausgleich und das neue Unterhaltsrecht.

Die gerechte Aufteilung ist nicht nur Sache der Paare selbst. Darum kümmert sich auch das Familiengericht im sogenannten Versorgungsausgleich. Mit dem Versorgungsausgleich werden bei einer Scheidung die Versorgungsansprüche hälftig aufgeteilt, die während der gemeinsamen Ehezeit erworben wurden. Die neue Regelung bei Bundesbeamten und auch die bisherige Anwendung bei Landesbeamten und der Ausgleich bei Rieser-Rente wurden umfassend dargestellt. Umgangsrechte und Unterhaltsrecht für Partner und Kinder boten reichlich Diskussionsgrundlage und Rückfragebedarf. Fazit: Eine gelungene Informationsveranstaltung, aus der jede Kollegin für ihren Fachbereich umfassende Erkenntnisse mitnehmen konnte.

Präsidentinnentreffen des Deutschen Frauenrates

Am 29. Mai fand das jährliche Treffen der Präsidentinnen und Vorsitzenden der Mitgliedsverbände des Deutschen Frauenrates in Berlin statt. „Aufwertung frauentypischer Berufe“ hieß das Schwerpunktthema im Haus der Sozialverbände. Gemeinsam diskutierten 57 Vertreterinnen aus den bundesweit aktiven Frauenverbänden und -gruppen gemischter Organisationen und dem Vorstand des Deutschen Frauenrates die verschiedenen Positionen der Mitgliedsverbände. Stellvertretend für die verhinderte Vorsitzende Helene Wildfeuer, vertrat Astrid Hollmann die dbb bundesfrauenvertretung.

Die Grundlage für die Diskussion bildete neben einem Fachvortrag zur beruflichen Bildung von Angelika Puhmann, Leiterin des Arbeitsbereiches berufliche Bildung im BIBB, auch ein ergänzendes Statement zur Tarifpolitik für medizinische Fachberufe von Margret Urban, stellvertretende Präsidentin des Verbandes medizinischer Fachberufe. Das Thema für das Präsidentinnentreffen wurde aus der jährlich im November in Erkner stattfindenden Mitgliederversammlung des Deutschen Frauenrates abgeleitet. „In erster Linie ging es in Berlin um eine erste Positionsbestimmung zur Stärkung der sogenannten typischen Frauenberufe“, bewertete Astrid Hollmann die lebhaft und konstruktive Diskussion.

Einigkeit herrschte über die Grundausrichtung: Gleichberechtigung beim Entgelt und in Führungspositionen muss das Ziel sein. Außerdem kann es nicht darum gehen, Frauen in andere Berufe zu schicken, damit sie eine Familie ernähren können. Berufe, für die Frauen besonders qualifiziert sind, müssen besser anerkannt, bewertet und entlohnt werden. Als Lösungsansätze zur Aufwertung von „Frauenberufen“ wurden folgende Stichworte genannt: Aufbrechen von Rollenstereotypen über Tarifverträgen, Veränderung der Ablauforganisationen und Hierarchien, das Gendern von Bewertungskriterien.

Die Mitgliederversammlung des Deutschen Frauenrates wird im November die Diskussion in Erkner weiter führen.

Unterhaltung gewinnen

Als traumhaftes Feuerwerk der Sinne präsentiert sich STARLIGHT EXPRESS in Bochum: Brillante Masken, raffinierte Kostüme, verblüffend betörende Songs von Starkomponist Andrew Lloyd Webber sowie eine atemberaubende Licht- und Bühnentechnik suchen ihresgleichen. Mehr als 13 Millionen Menschen bisher erlebten hier die abenteuerliche Reise in eine nostalgische, fast vergessene Welt der Eisenbahnen und kürten die beliebteste Familien-Show so zur erfolgreichsten Musical-Produktion weltweit. Nirgendwo sonst wurden so viele Besucher eines Musicals an einem einzigen Spielort gezählt. Wenn Sie dabei sein möchten, dann schicken Sie eine Mail mit Ihrer Postadresse

unter dem Stichwort light Express an frauen@dbb.de und gewinnen zwei Karten für die Aufführungen in Bochum. Einsendeschluss ist der 31. Juli. Für alle dbb Mitglieder, die nicht bis zur Auslosung warten möchten: Vom 6.6. bis 9.9.2010 können vier Freunde oder fünf Familienmitglieder (mindestens 2 Kinder bis einschließlich 14 Jahre) schon ab insgesamt 99,- € die Show sam genießen. Einfach unter 0211/73 44 120 (2,9 Cent/Min aus dem dt. Festnetz) anrufen, die PIN 7752 angeben und Geld sparen!



Die Kolumne

Ach übrigens...

Im Alltag wird man ständig mit irgendwelchen Klischees konfrontiert – oder gibt sie selbst zum Besten. Folgendes erklärte mir erst kürzlich ein Freund: Wenn Frauen sich treffen, trinken sie zusammen Kaffee – und reden. Wenn sie keine Zeit haben, sich zu treffen, greifen sie zum Telefonhörer – und reden. Wenn Männer sich treffen, erwiderte ich, spielen sie Karten, wenden gemeinsam Fleisch auf dem Grill oder schauen sich Fußball an – und reden dabei natürlich nicht. Gelegentliches Schreien von „Gib doch ab!“ oder „Hast du Tomaten auf den Augen!“ zähle ich nicht. Naja, und wenn Männer keine Zeit haben, sich zu treffen, dann treffen sie sich eben nicht. Punkt. Ich gestehe, meine Ausführungen waren doppelt so lang wie seine. Frauen reden also gerne und Männer nicht? Jedenfalls hält sich seit langem das Gerücht, dass Frauen an einem durchschnittlichen Tag etwa 20 000 Wörter gebrauchen und Männer nur 7 000. Aber stimmt das tatsächlich? Vor einiger Zeit gab es eine großangelegte Studie, die über einen



verhalten von größeren Personengruppen erfasst hat. Das Ergebnis war überraschend: Die beobachteten Frauen benutzten durchschnittlich 16 214 Wörter am Tag, die Männer 15 669. Männer und Frauen reden also annähernd gleich viel!

Darüber, warum wir das Redeverhalten der Geschlechter so unterschiedlich empfinden, haben sich andere Wissenschaftler Gedanken gemacht. Männer reden lieber mit ihnen nicht so bekannten Personen, weil dort Reden etwas mit Dominanz zu tun hat. Wer als Platzhirsch durchgehen will, muss im Meeting eben die großen Vorträge halten. Frauen hingegen reden lieber mit ihnen vertrauten Personen. Auch das liegt an ihrem klassischen Sozialverhalten. Es geht ihnen nicht um Hierarchien, sondern um das Miteinander. Und Reden im Privatbereich fällt anscheinend mehr auf als Reden im Berufsleben. Das lasse ich jetzt mal so stehen. Außerdem habe ich immer noch nicht begriffen, was schlecht daran sein soll, viel zu reden. Es ist doch so, dass... Stopp: Ich verquassle mich.

Herzlichst,
eine 20 000-Worte-Frau

Lesenswert

Mehr als eine Studie – Lebenswürfe einer neuen Generation von Frauen

Die 20- bis 30-jährigen Frauen von heute sind unabhängig, selbstbewusst und gut ausgebildet. Sie haben große Ziele, wollen Geld verdienen und Karriere machen; auf Kinder, Partnerschaft und Familie jedoch nicht verzichten. Jutta Allmendinger, Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin, ist sich sicher: Diese Frauen sind auf dem Sprung. Sie werden einen erfolgreichen, selbstbestimmten Weg gehen und unsere Gesellschaft nachhaltig verändern.



Im Rahmen der BRIGITTE-Studie hat sich Jutta Allmendinger nun auf wissenschaftlicher Basis dieser neuen Generation von Frauen genähert. Sie vergleicht die Wünsche und Lebensplanungen der jungen Frauen aus Ost und West mit denen ihrer männlichen Altersgenossen und ordnet die gewonnenen Erkenntnisse in den Kontext der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung in Deutschland ein. Ein unverzichtbares Grundlagenwerk für alle, die wissen wollen, wie Frauen in Deutschland leben und was ihnen wichtig ist – im Beruf, in der Familie und nicht zuletzt in der Partnerschaft.

Jutta Allmendinger:
Frauen auf dem Sprung
Wie junge Frauen heute leben wollen
Die BRIGITTE-Studie

112 Seiten, € 12,95
ISBN 978-3-570-55126-4